

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis: 100 Jahre monatlich 1,50 Reichsmark durch die Post bezogen monatlich 1,50 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-III / Geschäftsstelle und Redaktion: Altbahnhofstraße 7 / Fernsprecher: 17259 / Postfachnummer: Dresden Nr. 18601. Erscheinungstermin: Montags von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde. Mittwochs von 17 bis 18 Uhr für Betriebe und arbeiterrechtliche Fragen. Freitags von 18 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde.

Anzeigenpreise: Die neunmal gebildete Non-arrêtézeitung oder deren Name 0,35 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM, für die Reklameweile anschließend an den dreißigtägigen Teil einer Tageszeitung 1,50 RM. Zusätzlicher-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-III, Altbahnhofstraße 7 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / Im Falle höherer Verteilung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Retuma oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises.

5. Jahrgang

Dresden, Freitag den 13. Dezember 1929

Nummer 289

Landtag verhöhnt die Vermögenden der Armen

Millionen für das Privatkapital — kein Geld für Unterstützung und Arbeitsbeschaffung / Sozialdemokrat Arndt fordert verstärkte Kapitalbildung / SPD und Nationalsozialisten stimmen geschlossen mit großkapitalistischen Parteien

Das ist die Praxis des Youngplans:

Ablehnung unserer Anträge auf Winterhilfe

Dresden, 13. Dezember.

In der gestrigen Landtagsitzung wurde über die kommunizierten Anträge auf Bewilligung einer Winterhilfe für die Erwerbslosen und die durch die Kürzung zu unterstützenden Rentenempfänger abgelehnt. Die kommunistische Fraktion hatte beantragt, zur Linderung der dringenden Not dieser Vermögenden der Armen aus Staatsmitteln eine einmalige Winterhilfe von 40 Mark pro Unterstützungsempfänger und je 10 Mark für die Familienangehörigen zu gewähren. Sämtliche Fraktionen, von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten, lehnten diesen kommunistischen Antrag ab und bewiesen damit, daß ihre ganzen Redensarten über die Notlage der Massen eitel Demagogie sind. Besonders die Sozialdemokraten und die Nationalsozialisten, die vorgeben, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, haben sich bei dieser Abstimmung gründlich entlarvt als gefährliche Feinde und Betrüger des Volkes. Gerade dadurch, daß in der gestrigen Sitzung die Verschleuderung von über 3 Millionen an Betrüger und Kontraktoren aus den Mitteln, die in Wirklichkeit zur Unterstützung der Erwerbslosen dienen sollten, festgelegt wurde, ist bewiesen, daß diese Parteien lediglich an den Herrlichkeiten der Armen sparen.

Ebenso wurde ein weiterer Antrag der kommunistischen Fraktion abgelehnt, in dem gefordert wird, daß die künftig erfolgenden Rentenerhöhungen, die sich zwischen 1 Mark bis 4,15 Mark monatlich bewegen, bei der Berechnung der Erwerbslosenunterstützung seitens der Bezirksverbände nicht in Anrechnung gebracht werden sollen. Bei der Beratung der Vor schläge des Haushaltsausschusses B, Maßnahmen zur Erhebung des Arbeitsmarktes in Sachsen zu treffen, wurde der kommunistische Antrag, den Teilperrnbau im Müglitz- und Gottschubetal in Angriff zu nehmen, abgelehnt.

Der Widerspruch zwischen der Abstimmung und den Kundentönen haben über die „Notlage in Sachsen“ ist nur ein Scheinwiderspruch. Sowohl die bürgerlichen als auch die sozialdemokratischen Redner brachten im Grunde genommen zum Ausdruck, daß sie in erster Linie beizutreten sind, Maßnahmen zu treffen, durch welche den großen Konzernen neue Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit sie in der Lage sind, die Nationalisierung in noch härterer Weise als bisher zu betreiben. Ebenso wie der Demokrat Dr. Kallner und der Deutschnationale Dr. Karsch forderte der sozialdemokratische Fraktionsredner Arndt härtere Kapitalbildung. Wörtlich erklärte er:

„Es ist zuzugeden, daß diese Forderung nach Kapitalbildung in Sachsen ungenügend ist, daß dieser Zustand, wie dieser mit Auslandsbeziehungen zu arbeiten, beibehalten werde, und daß in Sachsen zu einer härteren Kapitalbildung kommen müssen.“

Es ist offensichtlich, daß diese Forderung nach Kapitalbildung, also nach Steigerung des Profites, natürlich nur auf Kosten der breiten Massen verwirklicht werden kann. Daß die Sozialdemokraten praktisch an der Kapitalbildung mitwirken, beweist ihre Lohnpolitik, durch die ganz bewußt die Löhne der Arbeiter auf dem denkbar niedrigsten Niveau gehalten werden. Wundert man sich über die bürgerlichen Redner, die eingehend nach dem Lohnpolitik der Gewerkschaften abhaken, die Forderung nach Kapitalbildung entspricht, denn der Lohnanteil am Arbeitsprodukt ist der denkbar niedrigste. Uebrigens wurden Gelder der Arbeiterbank der sächsischen Regierung zur Verfügung gestellt, damit sie den „notleidenden“ Truften zuzuführen werden können. So arbeiten die Sozialdemokraten praktisch mit an der Steigerung des Profites der Ausbeuter, während sie alle Forderungen der Massen gegen das grauenhafte Elend gemeinsam mit der Bourgeoisie bekämpfen.

Wäre die kommunistische Fraktion bewies auch gestern wieder, daß sie unbeteiligt die Forderungen des Proletariats und der weitaus den Massen gegen die Betrüger aus dem sozialdemokratischen und bürgerlichen Lager verteidigt. Der kommunistische Abgeordnete Kallner wies bei der Beratung der Vor schläge aus dem Haushaltsausschuss B darauf hin, daß gerade durch die Nationalisierung, durch die härtere Zurechnung von Mitteln an die Truftenkapitalisten das Massenelend noch mehr wachsen wird. Die Kommunisten werden die Massen aufrufen zum Kampf gegen diese Nationalisierung, nicht nur allein gegen die bisherigen Ergebnisse, sondern auch gegen jede neue Methode, die Nationalisierung zu verstärken. Jetzt, so betonte der kommunistische Redner, ist

das dringende Erfordernis, die Existenzmöglichkeit der Massen sicherzustellen. Die Existenzforderungen der Arbeiter aber haben im entscheidenden Widerspruch zu der Profitgier des Truftenkapitals und

worben nur im härtesten Kampf gegen die Bourgeoisie verwirklicht werden.

In diesem Kampf stehen die Nationalsozialisten und Sozialdemokraten den Ausbeutern im Kampf gegen die Massen zur Seite.

Die kommunistische Fraktion forderte in erster Linie Zwangsmaßnahmen von Teilperrnbau, Bereitstellung aller nur irgend erreichbaren Mittel für den Wohnungsbau, damit in erster Linie Arbeitsmöglichkeiten für das stetig wachsende Erwerbslosenheer geschaffen wird. Außerdem forderte sie Herabsetzung der Arbeitszeit auf 7 Stunden, eine wöchentliche Arbeitszeit von 40 Stunden, damit die Folgen der Nationalisierung für die Massen ausgeglichen werden. Besonders charakteristisch für die Demagogie der Nationalsozialisten ist, daß sie den Antrag der kommunistischen Fraktion, die ganze Tagesordnung nach dem gestrigen Tage zu beraten, ablehnten, abgesehen auf der Tagesordnung stehen hatten. Sie waren also nicht einmal interessiert daran, ihren eigenen Antrag behandeln zu lassen, weil sie sehr genau zu beurteilen vermochten, daß ihre ganze Demagogie durch die Abrechnung, die die Kommunisten mit dem national-

sozialistischen Volksbetrag hatten wollten, zusammenbrechen würde.

Die Arbeiter haben aus dieser Landtagsitzung klar erkennen können, daß es völlig verfehlt wäre, den bürgerlich-sozialdemokratischen Demagogen auf den Leim zu treten.

Die Abstimmungen haben bewiesen, daß die Nationalsozialisten ebenso wie die übrigen Vertreter des kapitalistischen Systems, von Wedel bis Böhler, alle Maßnahmen treffen, um den Youngplan, den härtesten Rückschlag gegen die breiten Massen, auch in Sachsen zu verwirklichen.

Auch die verlogene Agitation der Nazis, die von den Truftenkapitalisten finanziert wird, kann über die Tatsache nicht hinwegtäuschen. Wir können deshalb nur unterstreichen, wenn der Redner der kommunistischen Fraktion erklärt, daß es jetzt notwendig ist, die Beschlüsse der Reichskonferenz der revolutionären Gewerkschaftsopposition in die Tat umzusetzen, in allen Betrieben revolutionäre Vertrauensleute der Arbeiter, Arbeiterinnen und Jungarbeiter zu schaffen, unverzüglich die Vorbereitung der Betriebsrätewahl in Angriff zu nehmen und eine große rote Klassenfront zu schmieden, die allein fähig ist, im härtesten Kampf gegen die Ausbeuter und ihre Lakaien die Existenzforderungen der Massen durchzusetzen, den Youngplan im Klassenkampf zu zerbrechen und dem verfaulenden kapitalistischen System den Garau zu machen.

Erwerbslosen-Sturm auf das Berliner Rathaus

Deutschnationale, Sozialdemokraten und Nationalsozialisten holen Polizei

Berlin, 13. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.)

Die gestrige erste Sitzung des neuen Stadtparlaments fand im Zeichen des Kampfes der Erwerbslosen. Ihre Delegationen zogen vor das Rathaus, und als ihnen der Eintritt verweigert werden sollte, erzwangen sie sich ihn. Sie wollten die Vertreter sämtlicher Fraktionen sprechen, um die Stellungnahme zu dem kommunistischen Antrag auf Winterhilfe für alle Erwerbslosen und Unterstützungsempfänger zu erfahren. Über feiner dieser samten Stadträte ließ sich sprechen, nicht die Sozialdemokraten, nicht die Nationalsozialisten und schon gar nicht die bürgerlichen Parteien. Sie vertriehen sich auf ihre Fraktionskammern, und als sie hörten, daß die kommunistischen Stadi-

berordneten als einzige sich mit den Erwerbslosen einigten, da hielten die Sozialdemokraten und Deutschnationalen gemeinsam die Polizei. Durch die Sammelkämpfe der Schupo-hundertschaft nahmen die bürgerlich-sozialdemokratischen Parteien die Verbindung mit dem arbeitslosen Volk von Berlin auf. So begann die erste Sitzung des neuen Stadtparlaments. Kommunistische Abgeordnete werden blutig geschlagen, Erwerbslosen- und Angelegenheitsdelegationen von der Jägerplatz-Schupo über die Treppengeländer geworfen. Die erste Sitzung wurde unter Belagerungsbedingungen gefeiert. Als dann in der Sitzung die Kommunisten die Beratung ihres Antrages forderten, schloffen die bürgerlich-sozialdemokratischen Politikautei kurzerhand die Sitzung.

Silverberg als Einpeitscher

Hilferdings kapitalfördernde Finanzreform

Hermann Müller erklärt im Reichstag: „Die Finanzreform soll vor allem die erforderliche Kapitalneubildung fördern.“

Berlin, 12. Dezember. (Eig. Bericht.) Hermann Müller, der Reichsanwalt der deutschen Ausbeuterrepublik, gab in der Mittwochsitzung des Reichstages eine Regierungserklärung ab, die als die richtunggebende für die gesamte Politik der Reichsregierung bezeichnet werden muß. Im Mittelpunkt dieser Erklärung steht es natürlich: Die Reichsregierung hat sich das Ziel gesetzt, der notleidenden deutschen Wirtschaft die notwendigen neuen und starken Impulse zu geben. Die Finanzreform soll vor allem die erforderliche Kapitalneubildung fördern. Ausgehend von diesem Grundgedanken entwickelte Hermann Müller ein Finanzprogramm, das in allen seinen Einzelheiten den Forderungen des deutschen Schamer- und Börsenkapitals nachkommt. Dieses Programm enthält:

1. 350 Millionen zur Erleichterung der deutschen Wirtschaft auf Grund der Zahlungserleichterungen aus dem Youngplan;
2. rund 400 Millionen an Ueberweisungen an den Weich durch die Erhöhung der Tabaksteuer um 220 Millionen und der Biersteuer um 180 Millionen;
3. den Abbau der Ausbringungslast für die Industrieoelsteuern;
4. Senkung der Kapitalwertsteuer;
5. die Senkung der Wertpapiersteuer;
6. die Senkung der Erbschaftsteuer;
7. die Senkung der Gewerbesteuer;
8. die Senkung der Grundsteuer;
9. die Erhöhung des steuerfreien Einkommens bis zu 20 000 Mark;
10. eine Senkung der Zucksteuer mit der Klausel, daß die Zuckerpresse nicht sinken dürfen.

Selbst nach der Behauptung Hermann Müllers beträgt die Summe der Erleichterungen für den Weich allein für das Jahr 1930 915 Millionen Mark.

Gleichzeitig mit der Finanzreform schlug Hermann Müller vor, den Weitzung zur Erwerbslosenvermittlung um 15 Prozent zu erhöhen. Diese Regelung soll auf Wunsch der Volkspartei, jedoch nur ein Jahr gelten, da bis dahin die Volkspartei die Zeit für sich hält, erneut einen gewaltigen Unterhaltungsabbau in der Erwerbslosenversicherung durchzuführen. Bereits am 1. Januar 1930 soll die Erhöhung der Beiträge für die Erwerbslosenversicherung und die Erhöhung der Tabaksteuer in Kraft treten.

Hermann Müller hat die Parteien des Reichstages, dem Finanzprogramm der Reichsregierung beizutreten und fügte, als Zeichen der vollkommenen Unterwürfigkeit vor der Schamerindustrie, wörtlich hinzu: „Selbstverständlich wird über Einzelheiten des Finanzprogramms nach Vorlegung der angelegten-

Bezirksparteiarbeiterkonferenz

am 14. und 15. Dezember im Bürgergarten, Dresden

1. Youngplan, Antikommunistengesetz und die Aufgaben der Partei. Die politische Bedeutung der Reichskonferenz.
2. Die Bedeutung der Reichskonferenz der revolutionären Gewerkschaftskonferenz im Kampf gegen den Youngplan.

Jede Ortsgruppe und Zelle muß durch ihre Delegierten vertreten sein.

Alle Adressen der Delegierten müssen unverzüglich dem Bezirkssekretariat, Dresden-III, 28, Columbusstraße 9, mitgeteilt werden.